Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1 19.01.2015, 14:00 bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Marianne Schulze

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Martin Ladstätter Marianne Schulze Erich Schmid

Christina Wurzinger

Vertreter/in aus dem Bereich der Menschenrechte:

entschuldigt

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena Kern

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula Naue

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Bernadette Feuerstein

Edwin Ladinser Johanna Mang Wolfgang Nowak Florian Wibmer

Büro: Waltraud Palank-Ennsmann

Wolfgang Iser

GebärdensprachdolmetscherInnen:

Patricia **Brück** Elke **Schaumberger**

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor Tagesordnung, Entwurf des Protokolls der letzten Sitzung, Entwürfe von Stellungnahmen zu Maßnahmenvollzug und Partizipation, Punktationen zu De-Institutionalisierung und zum Bericht an den Bundesbehindertenbeirat sowie das Zwischenergebnis der Arbeitsgruppe Neuübersetzung der Konvention.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der Sitzung vom 1. Dezember 2014 wird beschlossen.

3. Stellungnahme Maßnahmenvollzug

Der vorliegende Entwurf wird diskutiert. Die Vorsitzende wird die Änderungen einarbeiten. Die Stellungnahme soll an den so genannten "großen Verteiler" ergehen, im Parlament sollen die BereichssprecherInnen aller Parteien für Justiz,

Menschenrechte, Menschen mit Behinderungen, Gesundheit und Soziales angeschrieben werden. Eine Presseaussendung wird für 2. Februar vereinbart.

4. Stellungnahme Partizipation

Die Vorsitzende zitiert als Leitfrage Gunther Trübswasser: "Was braucht es, dass Menschen mit Behinderungen Entscheidungsträger/innen werden?" Der vorliegende Entwurf wird diskutiert. Die Vorsitzende wird die Änderungen einarbeiten.

5. Neuübersetzung der Konvention

Die Vorsitzende berichtet von der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe und vom Zwischenergebnis, zu dem das BMEIA zur Stellungnahme eingeladen hat. Der Ausschuss kommt überein, dass er nicht inhaltlich zum Entwurf Stellung nehmen wird, vielmehr zum Prozess der Erstellung. Es soll betont werden, dass noch massiver Diskussionsbedarf herrsche, auf die Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung soll hingewiesen werden.

6. Nächste öffentliche Sitzung

a) Logistik

Das Büro berichtet, dass die Landesstelle des Sozialministeriumservice bisher keine geeignete Örtlichkeit finden konnte. Der Ausschuss betont, dass es ihm wichtig ist, dass die Sitzung an einem zentralen und öffentlich gut erreichbaren Ort stattfinden soll. Das Büro wird dem Sozialministeriumservice noch weitere Vorschläge übermitteln.

b) Thema De-Institutionalisierung

Die Vorsitzende betont im Zusammenhang mit De-Institutionalisierung die Wichtigkeit von Bewusstseinsbildung. Sie schlägt vor dem Hintergrund, dass in Institutionen lebende Menschen mitunter Scheu hätten, sich öffentlich zu äußern, sodass die Möglichkeit anonymer Fragen und Anregungen im Vorfeld und bei der Sitzung eingeräumt werden sollte (anonymer Briefkasten).

7. Bericht an den Bundesbehindertenbeirat

Die Vorsitzende lädt zu Ergänzungen zur Punktation ein.

8. Berichte

a) Work Forum Brüssel 22./23. Oktober 2014

Christina Wurzinger berichtet vom Work Forum. Neben dem Monitoringausschuss sei Österreich durch BMASK und ÖAR vertreten gewesen. Thema sei Artikel 12 (gleiche Anerkennung vor dem Recht) gewesen. Theresia Degener vom Fachausschuss habe betont, dass kein Land wirklich vollinhaltlich umgesetzt habe. Darum habe es auch den ersten *General Comment* zu diesem Artikel gegeben. Weiters sei es um Artikel 14 (Freiheit und Sicherheit der Person) gegangen, Marine Peugeot von Inclusion Europe habe zu Unterstützter Entscheidungsfindung gesprochen. In der Kommission seien die Angelegenheiten der Konvention von der DG Justice in die DG Employment verschoben worden.

b) EU-Grundrechtsagentur De-Institutionalisierung

Christina Wurzinger berichtet von einem Projekt der Agentur, das in 3 Phasen bis 2017 eine Bestandsaufnahme der Situation in den Mitgliedstaaten vornehmen soll. Die Datenerfassung sei in Österreich aufgrund der ungenügenden Datenlage europaweit am schwierigsten.

c) Gespräch mit Herrn Hofer vom BMASK

Die Vorsitzende berichtet vom Jour fix mit Herrn Hofer. Man sei übereingekommen, die Intervalle für Treffen zu verkürzen. Zur Erleichterung der Abwicklung von Reisen von Ausschussmitgliedern soll es künftig ein akontiertes Reisebudget des Ausschusses geben.

d) Delegation aus Moldawien

Die Vorsitzende und das Büro berichten über ein Gespräch mit einer moldawischen Delegation im Rahmen des Kulturaustausches.

e) Arbeitsgruppe Sachwalterschaft 26.11.14, 01.12.14, 15.01.15

Die Vorsitzende berichtet von 2 Sitzungen der großen Runde, 2 kleineren Gruppen zu den Themen Erbrecht und medizinische Behandlung, sowie einer Sitzung mit SelbstvertreterInnen.

f) Arbeitsgruppe Darstellung von Menschen mit Behinderungen in Medien

Wibmer, Feuerstein und Ladstätter berichten. Unter anderem sei diskutiert worden, ob Förderungen an das Kriterium der Barrierefreiheit gekoppelt werden sollten. Es solle zum Thema auch eine öffentliche Veranstaltung geben.

9. Newsletter

Die Vorsitzende berichtet, dass die Voraussetzungen für die regelmäßige Versendung eines Newsletters geschaffen seien.

10. Termine

Die nächste Sitzung findet am **24.02.2015** von **14:00** bis 17:00 Uhr im **Saal IV** des BMASK statt.

Die übernächste Sitzung findet am **24.03.2015** von **14:00** bis 16:00 Uhr im **Saal IV** des BMASK statt.

11. Allfälliges

Die Vertreterinnen der Entwicklungszusammenarbeit berichten über das neue Dreijahresprogramm des BMEIA zur EZA. Da der Ausschuss nicht eingebunden war, wird er ein Schreiben an das BMEIA richten und noch einmal an die Stellungnahme zur EZA und die Verpflichtung zur Einbindung von SelbstvertreterInnen erinnern.

Marianne Schulze (Vorsitzende)

Johanna Mang (Schriftführerin)